Gortschakow, des Grafen Peter Schuwalow und noch anderer hoher russischer Würdenträger gesagt:

„Selbst wenn Sie in den Ostseeprovinzen alle bestehenden besonderen Rechte ohne Ausnahme abschaffen und durch russische ersetzen, überall und in der letzten Behörde und Schule die russische Sprache gewaltsam einführten, so könnten Sie an demselben Tage, wo etwa eine hierauf bezügliche Reclamation unsererseits erfolgte, sich einfach auf uns und unser Verfahren in den neuen Landestheilen berufen und wir müßten dies gelten lassen."

Das ist vollständig aus der Luft gegriffen. Für Jeden, der die in maßgebenden Kreisen üblichen politischen Verkehrsformen kennt, trägt das Ganze nicht nur den Stempel der Erfindung, sondern auch der Unbekanntschaft mit jenen Formen an sich. In kleinstädtischen und sonstigen unkundigen Leserkreisen mögen dramatisirte Gespräche, wie sie „Speyer" und „Frankf. Zeitung" auftischen, Eindruck machen, für jeden Politiker, der die geschäftlichen Gewohnheiten der Regierungen kennt, verfallen solche Mittheilungen der Lächerlichkeit schon wegen der Angabe, daß die betreffenden Gespräche in Gegenwart dritter Personen stattgefunden hätten. Kein Diplomat, und wenn er auch nur kurze Zeit Secretair an einem kleinen Hofe gewesen ist, wird es für möglich halten, daß der Kaiser von Rußland in Gegenwart verschiedener Personen mit einem fremden Staatsmanne, wie Fürst Bismarck für ihn war, sich in eine Erörterung seiner inneren Politik einlassen sollte, noch dazu in einer für beide Theile so kitzlichen Frage wie der baltischen. Dieselbe ist weder zwischen dem Kaiser Alexander und dem Fürsten Bismarck, noch zwischen diesem und seinem russischen Collegen Gortschakow jemals mündlich erörtert worden."

Die ganze Angelegenheit gewinnt eine andere und zwar sehr bemerkenswerthe Bedeutung dadurch, daß Graf Schuwalow den Verlauf des angeblichen Gesprächs genau in der Weise, fast in gleichem Wortlaut, wiedergegeben hat, wie die „Frankf. Zeitung" erzählt. Wo Differenzen sich ergeben, erklären sie sich aus dem Umstande, daß Schuwalow französisch erzählte. Das punctum saliens liegt nun darin, daß Schuwalow seine Mittheilung an einen hervorragenden baltischen Staatsmann richtete, in der zutreffenden Voraussetzung, ihr dadurch die Publicität eines Staatsgeheimnisses zu geben. Es lag dem Grafen aber daran, die Vertreter der baltischen Stände zu entmuthigen, da die russische Regierung im Begriff war, durch Aufhebung des General-Gubernats einen entscheidenden Schritt zur Entmündigung der Ostseeprovinzen zu thun. Nach der jetzt vorliegenden Erklärung des Fürsten Bismarck kann man wohl mit der „N. Pr. Ztg." es als zweifellos betrachten, daß Graf Peter Schuwalow jene ganze Unterredung erfunden hat. Ein neuerer Beitrag zur Kennzeichnung der Doppelzüngigkeit russischer Politik!

□ **Berlin**, 20. November. Wie die Verhältnisse innerhalb der socialdemokratischen Partei im Kreise Solingen liegen, lehrt ein vier Seiten langes Flugblatt, das die dortige „Flugblatt-Commission" soeben herausgegeben und an die Parteileitung und die Parteidelegirten gesandt hat. Wir entnehmen dem Flugblatte folgende, öffentlich noch nicht bekannte Notizen. Die Hauptschuld an allen Mißständen soll nach dem Flugblatte der Reichstagsabgeordnete Schuhmacher tragen, von welchem folgende angebliche Thatsachen vorgeführt werden:

„... Dauert der Kampf gegen Sch. erst von heute und gestern? Nein. Wir haben es hier mit einem System von Vergehen gegen unsere Principien zu thun. Wir greifen zunächst zurück auf die Thatsache, daß die Sch.'sche Taktik anstatt zur Einigkeit der Genossen im Kreise zu führen, zur vollständigen Isolirung der einzelnen Ortschaften in der Bewegung, zur Kirchthurmspolitik geführt hatte, so daß sich Walder, Cylingser, Gräfrather, Merscheider und Solinger Genossen in bitterster Weise unter dem Einflusse Sch.'s bekämpften; die Agitation mußte unter solchen Umständen vollständig erlahmen. Persönliche Schmähungen, Verläumdungen von Seiten Sch.'s waren an der Tagesordnung. Wir lassen hier einige Beispiele folgen. Schuhmacher hatte es fertig gebracht, einen wackeren Genossen, Leonhard Schuhmacher in Wald, in hinterlistiger Weise als Polizeispion zu verdächtigen und diesen Verdacht sogar Behel ohne jede Begründung zuzustellen. Ehe Sch. als Thäter erkannt war, brachte er es fertig, in cordialster Weise mit dem Opfer seiner eigenen Verläumdung zu verkehren. Als es sich mit der Zeit herausstellte, daß der Verdacht gegen Leonhard Sch. ein vollständig unbegründeter war, und Georg Sch. seines des Parteivorstandes aufgefordert wurde war, dem Genossen Leonhard Sch. Genugthuung zu geben, hat es derselbe bis auf den heutigen Tag nicht für nöthig befunden, dem durch ihn schwer gekränkten und geschädigten Genossen Leonhard Sch. Abbitte zu leisten. Ist diese Handlungsweise eines Genossen würdig, eines socialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, der mit dem besten Beispiel Anderen vorangehen soll? Nein, sicherlich nicht! Weiter: Der verstorbene Genosse Dietzgen, der mit Sch. eng befreundet war, der ihm geschäftlich große Dienste geleistet hatte und dessen Character Sch. kennen mußte, hinterließ bei seiner Abreise nach Amerika ein krankes, geistig zurückgebliebenes Kind, welches durch einen Verwandten Dietzgen's in ein Kloster in Pflege gegeben worden war. Wie hat nun Sch. die Freundschaft und Ehrenhaftigkeit Dietzgen's belohnt? Er erfand und verbreitete die Nachricht, daß Dietzgen sein Kind ohne Existenzmittel in hilfloser Lage zurückgelassen hatte. Da dem Dietzgen eine derartige Handlungsweise nicht zuzutrauen war, zog man Erkundigungen ein und es stellte sich die Grundlosigkeit der Verleumdungen Schs. heraus, indem der Vormund (der Bürgermeister von Wahn) des Kindes mittheilte, daß Dietzgen für die Pflege des Kindes 1600 ℳ zurückgelassen hätte. Obwohl Sch. von diesem Sachverhalt Kenntniß gegeben wurde, hält er seine Verleumdung Dietzgen's aufrecht. ...

Noch ein Beispiel der schmutzigen Handlungsweise Sch.'s: Unter den Genossen, welche s. Z. dafür agitirten, daß Sch., der in Köln fast subsistenzlos war, hierselbst eine eigene Existenz gegründet wurde, that sich vor Allen ein gewisser Nagel hervor. Nagel war es, der mit Begeisterung für Sch. eintrat und nicht rastete, bis er Schuhmacher's Existenz gesichert zu haben glaubte. Und der Dank vom Hause Schumacher? Kaum sichte sich Sch. im Sattel, so hetzte er gegen Nagel, weil dieser das Unglück gehabt, thatsächlich im Zuchthause geboren zu sein. Kann ein Mensch für so ein Mißgeschick?... Der Kreis Solingen sei, so heißt es im Flugblatt ferner, durch Schuhmacher's Schuld so zurückgegangen, daß der ganze Kreis seit dem Parteitage von Erfurt nur 257,60 ℳ an den Parteivorstand gesandt habe. Eine Versammlung in Ohligs habe beschlossen: „Die Versammlung richtet an den Parteitag den Antrag, der Fraction den Auftrag zu geben, Schuhmacher des derselben auszuschließen." Weiter wird im Flugblatt erklärt: „Wir wollen, daß die deutsche Parteileitung Stellung zu unserm Kampf nehmen soll. Wir betrachten dieses als die Pflicht der Parteileitung, weil wir der Ansicht sind, daß die agitatorische Schädigung eines so alten Gebietes, wie Solingen es ist, auf die ganze Partei zurückwirkt und den Ehrenschild der Partei befleckt. Auf keinen Fall darf der Parteivorstand ferner ruhig zusehen, wie ein einzelner Mann, ein Mitglied der Fraction, in dieser Weise die größten Verstöße gegen die Principien unserer Partei begeht."

Es ist erbaulich, zu lesen, wie ein socialdemokratischer Führer nach dem andern von seinen eigenen „Genossen" dargestellt wird. Der ganze Nimbus der „Volkstribunen" verschwindet dabei und nur gewöhnliche, mit Fehlern aller Art behaftete Menschen erscheinen auf der Bildfläche. Wir wollen abwarten, ob die Fraction Schuhmacher auch fernerhin für würdig erachten wird, ihr Mitglied zu bleiben; unmöglich ist es durchaus nicht.

— Heute Vormittag begaben sich der Kaiser und die Kaiserin nach Potsdam, um dort dem Gottesdienste in der Friedenskirche beizuwohnen. Schon am Morgen hatten die Majestäten prachtvolle Kränze im Mausoleum in der Friedenskirche, wie auch im Mausoleum in Charlottenburg niederlegen lassen.

— Der Kaiser wird, wie bereits gemeldet, am 22. d. M. Mittags 12 Uhr den Reichstag im Rittersaal des hiesigen königlichen Schlosses in Persen eröffnen. Der Eröffnungsfeier geht ein Gottesdienst voraus, welcher für die evangelischen Mitglieder um 11 Uhr in der Dom-Interims-Kirche, für die katholischen Mitglieder dagegen um 11½ Uhr in der hiesigen St. Hedwigskirche stattfinden wird.

— Aus Berlin schreibt man der „Schles. Ztg.": „Fast gleichzeitig ist in den amtlichen Blättern in Dresden, Stuttgart und Berlin den Gerüchten entgegengetreten worden, daß einerseits die Könige von Sachsen und Württemberg Gegner der Militairvorlage seien und Vorstellungen über die durch die Vorlage geschaffene Situation zu machen wünschten, und daß andererseits der Kaiser wiederholt Aeußerungen gethan habe, aus denen hervorgehe, daß auch er sehr kühl über die Militairreform denke und den Grafen Caprivi bei nächster Gelegenheit fallen lassen werde. Es wäre interessant, zu erfahren, woher die Gerüchte stammen. Zu ihrem Verbreiten gehörte unter Anderem der freiwillige Märtyrer Meltzer, dessen Specialität sonst die Versorgung der Leser des Pariser „New-York Herald" und des „Figaro" mit ungünstigen Nachrichten über den Gesundheitszustand des Kaisers war. An den verschiedenen Dementis ist nicht zu deuteln. Die völlige Unwahrheit der Gerüchte ist außer den amtlichen Entgegnungen durch sichere Zeugnisse erwiesen. So höre ich aus zuverlässiger Quelle, daß König Albert von Sachsen in der Audienz, die der Reichskanzler bei ihm am vergangenen Sonnabend während des Berliner Aufenthaltes des Königs hatte, Gelegenheit genommen hat, dem Grafen Caprivi seine Sympathien für die Militairvorlage zu versichern. Ebenso ist auch der König von Württemberg persönlich ein aufrichtiger Anhänger der Militairreform."

— Der deutsche Botschafter in Rom, Graf Solms-Sonnenwalde, begab sich heute Mittag nach dem Neuen Palais, wo er vom Kaiser empfangen und zur Tafel geladen wurde.

— Zu Ehren des Herrn Consuls a. D. Rudolph Stengel, der am 15. November sein 25jähriges Jubiläum als Mitglied des Abgeordnetenhauses feiern konnte, hatte gestern die freiconservative Partei im großen Saale des Kaiserhofs ein Festessen veranstaltet.

— Es ist bereits gemeldet worden, daß demnächst erhebliche Veränderungen im Consularcorps eintreten werden. Die Angelegenheit geht bekanntlich auch den Bundesrath an und wird denselben in einer seiner nächsten Sitzungen beschäftigen. Auch ein großes Revirement im Personal der Botschafts- und Gesandtschafts-Secretariate gilt, wie die „Schles. Ztg." erfährt, als bevorstehend.

— Ein Berliner Blatt hatte die Nachricht verbreitet, der erste Vorsitzende des Kriegerverbandes Berlin und Umgegend habe dem Kaiser die Bitte vorgetragen, das Protectorat über den deutschen Kriegerbund zu übernehmen. Wie die „Post" von maßgebender Seite hört, entbehrt diese Mittheilung jeder Begründung.

— Der „Königsb. Hart. Ztg." zufolge hat die Regierung zu Königsberg kürzlich eine Verfügung gegen vorzeitiges Heirathen der Lehrer erlassen. Es heißt darin: „Es ist wiederholt vorgekommen, daß die zweiten Volksschullehrer sich ohne Rücksicht auf ihr Einkommen und auf die ihnen zur Verfügung gestellte Amtswohnung verheirathet und später in ihren Gesuchen diesen Umstand als Grund für ihren Wunsch nach einer frühzeitigen Berufung auf eine selbstständige Lehrerstelle geltend gemacht haben. Die Regierung hat deshalb Veranlassung genommen, darauf hinzuweisen, daß ihr die Verheirathung der ihrer Aufsicht unterstellten Lehrer keinen Anlaß dazu geben kann, von den maßgebenden Bestimmungen abzugehen, nach welchen bei der Besetzung der selbstständigen Lehrerstellen bei gleicher Qualification die älteren Bewerber den Vorzug erhalten. In vorkommenden Fällen sind die Lehrer durch ihre Vorgesetzten dringend zu ermahnen, ernstlich mit sich zu Rathe zu gehen, ehe sie in den Ehestand treten, und sich stets gegenwärtig zu halten, daß sie sich alle Uebelstände, welche aus ihrer vorzeitigen Verheirathung für sie entstehen können, selbst zuzuschreiben haben."

* **Hannover**, 19. November. Die Hoftheaterfrage ist hier fortdauernd Gegenstand lebhafter Besprechung. Von der einen Seite wird verlangt, daß außer der Subvention die bisherige Verwaltung von Berlin aus fortbestehen bleibe, in der Meinung, daß nach Aufhebung der königlichen Verwaltung das Hoftheater zu einem minderwerthigen Stadttheater herabsinken werde. Von anderer Seite wird dagegen behauptet, daß unter eben dieser Verwaltung das Hoftheater von Jahr zu Jahr an Bedeutung verloren habe und trotz des Zuschusses in mancher Beziehung sich nicht über ein mittelmäßiges Stadttheater erhebe. Diese Beurtheilung ist leider begründet. Seit Jahren ist immer von Neuem auf die Mängel in der Leitung des hiesigen Hoftheaters, besonders in Bezug auf das Repertoir, auf die Inscenirungen, auf die Bedingungen zur Herbeiführung eines wirkungsvollen Zusammenspiels hingewiesen worden, aber ohne irgend einen Erfolg zu erzielen. Bei dieser Sachlage wird für besser gehalten, daß der Stadt die Verwaltung des Theaters übergeben wird und die Kräfte gewählt werden, die zur Leitung geeignet erscheinen. Die bisherige Ueberweisung eines Intendanten hat unserem Theater nicht zum Vortheile gereicht.

* **Bielefeld**, 19. November. Der Gesetzentwurf über die Abzahlungsgeschäfte, welcher demnächst dem Reichstage zugehen wird, nützt in den interessirten geschäftlichen Kreisen auf lebhaften Widerspruch. In verschiedenen Branchen wird eine energische Agitation gegen das Zustandkommen des Gesetzes vorbereitet. Die hiesige Handelskammer, in deren Bezirk insbesondere die hier sehr bedeutende Nähmaschinenindustrie an der Frage betheiligt ist, wird sich mit dem Gegenstande beschäftigen.

* **Mannheim**, 20. November. Die hiesige nationalliberale Partei sprach sich gegen die Annahme der Militairvorlage aus.

* **Karlsruhe**, 19. November. Eine Versammlung demokratisch-freisinniger Vertrauensmänner in Offenburg hat beschlossen, bei den Landtagswahlen im Verein mit dem Centrum jede nationalliberale Wahlbewerbung zu bekämpfen. Wenn sich dieses Schlagwort — wie wohl zu vermuthen — des Beifalls der ganzen Partei erfreut, ist kaum noch an die Erhaltung des bisherigen Stimmenverhältnisses der Nationalliberalen im badischen Landtage zu denken. Der Radicalismus besorgt eben wieder einmal die Geschäfte der clerikal-conservativen Reaction.

* **Speyer**, 20. November. In einer hier stattgehabten Versammlung der Nationalliberalen behielt sich Reichstagsabgeordneter Buhl die Entscheidung über die Militairvorlage bis zur Veröffentlichung der Begründung vor. — Die nationalliberale Delegirten-Versammlung Badens, Hessens, Württembergs und der Pfalz ist auf den 27. November in Heidelberg angesetzt.

* **Aus Elsaß-Lothringen**, 19. November. Dieser Tage ist wieder einmal ein lothringisches Gut, die Besitzung St. Marie bei Diedenhofen, von einem Deutschen, dem Secretair der deutschen Botschaft in Paris, Herrn v. Wedell, käuflich erworben worden. Noch immer ist der Großgrundbesitz Lothringens vorherrschend in den Händen von Franzosen, die der Mehrzahl nach in Frankreich wohnen und die Bewirthschaftung der Güter Pächtern überlassen; ein großer Theil der Güter, die in Folge des langjährigen Pachtbetriebes meist stark heruntergekommen sind, ist veräußerlich. Es ist im Interesse der hiesigen Landwirthschaft, wie auch aus deutschnationalen Gründen wünschenswerth, daß in größerem Maßstabe, als dies bisher der Fall ist, altdeutsche Capitalisten und Landwirthe sich hier ankaufen. Veranlaßt durch den in Straßburg abgehaltenen Katholikentag und die damit zusammenhängenden, das ganze Land umfassenden klerikalen Bestrebungen hat sich jetzt, wie schon kurz mitgetheilt, in Straßburg unter dem Namen „Freier elsaß-lothringischer Bürgerverein" ein liberaler Verein gebildet. Dieser gedenkt demnächst eine allgemeine Versammlung aller liberalen Elemente einzuberufen. Es muß von herein auf das Nachdrücklichste betont werden, daß die Bildung einer starken liberalen Partei gerade hier zu Lande einem dringenden Bedürfniß entspricht, weil sonst in kurzer Zeit die Clerikalen eine unbeschränkte Herrschaft im politischen Leben ausüben werden. Besteht doch bereits jetzt über die Hälfte der elsaß-lothringischen Reichstagsabgeordneten aus katholischen Geistlichen und von den übrigen sind auch noch einige klerikal gesinnt. Nun verspricht aber die Art und Weise, wie die Bildung einer liberalen Partei in Straßburg in die Hand genommen worden ist, wenig Aussicht auf Erfolg. Zwar gehören dem Ausschuß auch Einheimische an; allein darunter befinden sich keine Männer von politischem Einfluß; auch die Altdeutschen, die an der Spitze stehen, haben unter ihren Landsleuten keinen besonderen Anhang. Dazu kommt, daß das Programm der neuen Partei keineswegs geschickt redigirt ist. Es enthält zunächst zu viele politische Glaubenssätze, von denen einige sogar nicht recht verständlich sind, und sodann eine Anzahl von Grundsätzen, denen die große Masse der hiesigen Beamtenschaft, auf die doch zunächst eine liberale Partei sich stützen müßte, nicht beitreten kann.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 21. November. (Telegramm.) Wie nunmehr festgesetzt worden, wird die Vermählung der Erzherzogin Margarethe mit dem Herzog Albrecht von Württemberg noch in diesem Jahre stattfinden, nach Ablauf der Adventszeit. Als Hochzeitsgäste werden erscheinen der Kaiser Wilhelm und die Königin Charlotte von Württemberg. — Zum Zweck der Neubildung der deutsch-liberalen Partei Nieder-Oesterreichs fand gestern in Anwesenheit von 2000 Theilnehmern, darunter sämmtliche Abgeordnete der Linken, in der Volkshalle eine Parteiversammlung statt. 70 Städte und Ortschaften des Kronlandes waren vertreten, deren Wortführer unter begeistertem Jubel die Zugehörigkeit zum Programme der deutschen Linken aussprachen, aber auch betonten, es sei höchste Zeit, daß die liberalen Fühlung mit der Bevölkerung suchen und nicht den Boden, wie bisher, den antisemitischen Volksvertretern überlassen. Die Versammlung beschloß einen Aufruf, in dem die Erhaltung der Staatseinheit, die Wahrung der Stellung der Deutschen und der Fortschritt als Zielpuncte aufgestellt sind. Endlich wurde ein aus 60 Mitgliedern bestehender Ausschuß zur Inangriffnahme der Neubildung der Partei eingesetzt.

* **Pest**, 21. November. (Telegramm.) Ministerpräsident Wekerle wurde gestern Abend bei seinem Erscheinen im Liberalen Club von stürmischen Eljenrufen begrüßt. Die eigentliche Vorstellung des neuen Cabinets wird erst in der heute Abend stattfindenden Conferenz erfolgen.

Frankreich.

* **Paris**, 20. November. Nach über Lissabon eingelaufenen Meldungen hätte General Dodds mit den Dahomeyern nunmehr doch Frieden geschlossen. — Gestern Abend wurde die Klagestellung in der Panama-Angelegenheit an Lesseps Vater und Sohn, sowie Ingenieur Eiffel durch den Gerichtsvollzieher übergeben. Die Vorgeladenen haben Donnerstag Mittag vor dem Präsidenten des Appellhofes zu erscheinen, so daß also das Gesetz bezüglich der Privilegien der Ehrenlegionäre noch nicht zu Gunsten Lesseps' in Kraft sein wird. — Morgen beginnt in der Kammer die Panama-Debatte, welche, wie vorauszusehen, sich außerordentlich stürmisch gestalten dürfte.

* **Paris**, 21. November. (Telegramm.) Entgegen der ersten Meldung soll die gerichtliche Vorladung in der Panama-Angelegenheit erst heute Mittag erfolgen. Der mit verwickelte Baron Reinach wurde gestern in seiner Wohnung todt gefunden. Die Angehörigen geben einen Schlagfluß als Todesursachen an, doch scheint man dem wenig Glauben. Auf die Beschuldigung gegen Freycinet, derselbe habe 200 000 Frcs. von der Panamagesellschaft empfangen, antwortete dieser, das sei eine freche Lüge. Floquet hat gegen die „Cocarde", auf deren Behauptung, er sei von der Gesellschaft bestochen worden, Verleumdungsklage angestrengt. — Heute Vormittag hatte Justizminister Ricard eine Unterredung mit den parlamentarischen Führern der republikanischen Partei wegen der Panama-Interpellation. Der Justizminister will die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungs-Ausschusses annehmen, um einer Ministerkrise vorzubeugen. — Drumont's „Libre Parole" erklärt, Beweise dafür zu besitzen, daß Floquet trotz seines Läugnens 300 000 Francs von der Panama-Gesellschaft erhielt. Dasselbe Blatt erklärt, daß Senator Hebrard, der Abgeordnete Maret und der Kriegsminister Freycinet Gelder von der Gesellschaft erhalten hätten.

* **Paris**, 21. November. (Telegramm.) Wie hier aus zuverlässiger Quelle verlautet, ist der Urheber des letzten Dynamitattentats der Anarchist Louvet, ein Freund von Francis. Louvet ist in Begleitung eines Weibes, welches die Bombe an der Thür der Carmaux-Gesellschaft niedergelegt hat, und befindet sich jetzt auf einem Schiffe, dessen Namen die Polizei kennt, so daß der Verbrecher bei der Landung sofort verhaftet werden kann. Seine Ergreifung gilt daher als sicher.

Schweiz.

* **Bern**, 20. November. Das Berner Volk beschloß heute mit etwa 27 000 gegen 17 000 Stimmen, die gänzlich veraltete Cantonsverfassung vom Jahre 1846 durch den großen Rath revidiren zu lassen.

⊙ **Zürich**, 21. November. Der internationale socialistische Arbeiter-Congreß findet laut einer Bekanntmachung des hiesigen Organisations-Comités Anfang August 1893 hierselbst statt. Die vorläufige Tagesordnung enthält folgende Berathungsgegenstände: 1) Maßregeln zur internationalen Durchführung des Achtstundentages. 2) Die Taktik der Socialdemokraten mit Bezug auf die directe Gesetzgebung durch das Volk: a. Parlamentarismus, b. Staatssocialismus. 3) Rechte und Pflichten der Internationalität: a. im Falle bedeutender Kämpfe zwischen Arbeit und Capital, b. im Falle eines Kriegsausbruchs zur allfälligen Verhinderung des Krieges. 4) Internationale Organisation: a. Errichtung internationaler Arbeitersecretariate, b. Gründung eines internationalen Correspondenzbureaus.

Italien.

* **Rom**, 20. November. In den nunmehr völlig abgeschlossenen italienischen Parlamentswahlen mag kurz bemerkt sein, daß nach den im Vatican aus verschiedenen Diöcesen des Königreichs eingelaufenen Berichten die Katholiken sich diesmal in größerer Anzahl an die vom Heiligen Stuhl ausgegangene Weisung: Nè eletti, nè elettori strenger gehalten haben, als bei früheren Anlässen. Im Uebrigen wurde das Resultat der Wahlen im Vatican mit Gleichgiltigkeit aufgenommen, der Vatican hat von den gegenwärtig in Italien im Besitze der Macht befindlichen Parteien nichts zu erwarten. Zanardelli wird voraussichtlich Kammerpräsident. Giolitti glaubt ihn dadurch endgiltig von Crispi abgewandt zu haben, während er sich der Linken in Folge seiner Verbindung mit Zanardelli zuwendet.

Rußland.

P. C. Man schreibt uns aus Warschau, 17. November: Den in der Fabrikstadt Lodz angestellten deutschen Werkführern und Meistern, sowie den Fabrikleitern ist nunmehr jede Hoffnung benommen worden, daß die ihnen von der Behörde bis zum Beginne des nächsten Jahres vorgeschriebene Frist zur Erlernung der Landessprache behufs Erlangung des weiteren Aufenthaltsrechtes in Rußland werde verlängert werden. Einige dahingehende Gesuche wurden nämlich von der Behörde in einer Art abgewiesen, welche nichts weniger als eine Geneigtheit zur nachsichtigen Handhabung der getroffenen Maßnahmen verräth. Die in Lodz und überhaupt im Königreiche Polen seßhaften deutschen Fabrikleiter und Werkmeister müssen vielmehr auf eine noch härtere Behandlung gefaßt sein, indem die Fabrik-Inspection kein Hehl aus ihrem Vorhaben macht, bei der Regierung die Festsetzung einer fünfjährigen Präclusivfrist für den Aufenthalt der genannten Personen im Königreiche Polen überhaupt in Antrag zu bringen. In jenem Landstriche, welchem seit jeher aus den preußischen Nachbargebieten deutsche Elemente zum Zwecke des Bodenerwerbes zuflossen, und welcher vornehmlich jenen Elementen eine namhafte Hebung der landwirthschaftlichen Zustände zu verdanken hat, nämlich im Gouvernement Suwalki, ist neulich durch den Verkauf der großen Joh. Keudell'schen Landgüter, welche im Hinblicke auf den März-Ukas vom Jahre 1887 nicht länger in deutschen Händen bleiben konnten, der deutsche Grundbesitz in bedeutendem Maße verringert worden. Die Wirksamkeit dieses Ukases, sowie die strengen Maßnahmen der Armeeverwaltung gegen fremde Staatsangehörige auf dem neuen Fortifications-Gebiete von Kowno haben eine derartige Verschiebung der diesfälligen Besitzverhältnisse bewirkt, daß im Wladyslawower Bezirke der Procentsatz des deutschen Grundbesitzes von 52 auf 9,5 Proc. gesunken ist. Eine procentmäßig noch nicht festgestellte, immerhin aber ansehnliche Verringerung dürfte auch der bisher auf 48 Proc. veranschlagte deutsche Grundbesitz im Bezirke Marjawpol erfahren haben.

Militairisches.

* Der Kaiser hat sich nach der „Berliner Börsen-Zeitung" in der Uniform der Leibkürassiere König Friedrichs des Großen, weiß und dunkelblau mit Silber, mit dem bekannten großen weißplumirten dreieckigen Tressenhut auf der weißen Perrücke, in verschiedenen Stellungen in einem Berliner Atelier photographiren lassen. Auf anderen Bildern sieht man den Kaiser in der Uniform aus der Zeit Friedrich's des Großen inmitten der Generäle des Alten Fritz, die durch die Flügeladjutanten Oberst von Lippe, Oberst von Kessel, Oberstlieutenant von Schull und die Major von Meiste, von Hülsen und Freiherrn von Seckendorff dargestellt sind. Die Uniformen sind mit allem Reichthum der Stickerei nach Adolf Menzel treu bis auf alle Details der Uniformen der militairischen Umgebung Friedrich's des Großen ausgeführt.

Cholera-Nachrichten.

* **Thorn**, 19. November. Eine größere Versammlung von höheren Verwaltungsbeamten und vielen Holzinteressenten, an der auch der Staatscommissar für das Weichselgebiet, Oberpräsident von Goßler, Theil genommen hat, sprach sich gegen die Absperrung der Grenze für russische Flößer für den Fall des Auftretens der Cholera im Frühjahr aus. Auch den Austausch der Flößer an der Grenze hielt die Versammlung für undurchführbar, weil, abgesehen von den Mehrkosten, höchstens 500 deutsche Flößer aufzutreiben sind, während 3000 gebraucht werden. Müßte man aber die Holztraften ungeübten Leuten anvertrauen, so würden dadurch erhebliche Verluste an Material entstehen und auch Unglücksfälle nicht zu vermeiden sein. — Unseres Erachtens haben alle Absperrungsmaßregeln keinen Zweck, so lange sich das Volk nicht davon entwöhnen kann, Weichselwasser im Haushalt zu verwenden und zu trinken. Trotz aller Bekanntmachungen, Warnungen ꝛc. wird heute das Weichselwasser nach wie vor von den meisten Leuten benutzt.

* **Pest**, 21. November. (Telegramm.) Von gestern Abend bis heute Abend sind hier zwei Personen an der Cholera erkrankt und vier gestorben.

* **Jenisseisk**, 20. November. Ein Telegramm der „Indépendance belge" aus Mons berichtet, es seien heute in Ghlin zwei und in Cuesmes drei Choleratodesfälle vorgekommen, in letzterem Orte seien außerdem eine Anzahl Personen an der Cholera erkrankt. Auch aus Jemappes werden mehrere Cholerafälle gemeldet.

* **Brügge**, 20. November. Heute wurden 7 Cholerafälle aus mehreren Häusern einer und derselben Straße gemeldet.

* **Bukarest**, 20. November. Die aus deutschen Häfen kommenden Schiffe sind in Sulina unter der Voraussetzung von der Quarantaine befreit, daß sie unterwegs keinen verseuchten Hafen angelaufen und keinen Cholerafall an Bord gehabt haben.

* **Guatemala**, 19. November. Sämmtliche Häfen von Central-Amerika mit alleiniger Ausnahme der atlantischen Häfen von Honduras sind dem Schiffsverkehr wieder geöffnet.

(Eingesandt.)

Herr Liebknecht bezieht als Redacteur des „Vorwärts" 7200 ℳ Gehalt, kann damit aber bei Weitem nicht auskommen, schreibt daher noch für andere Blätter und erzielt dadurch eine Einnahme, die sicherlich nicht viel geringer ist als die, welche ihm unlängst im „Leipz. Tagebl." unter dem Widerspruche und Geschimpfe der socialdemokratischen Presse nachgerechnet worden ist. Er giebt an, daß er soviel brauche, um auskommen und seine Kinder erziehen zu können. Trotzdem bekämpft er die „Bourgeois", die doch auch nichts Anderes verbrochen haben, als daß sie mit einem Einkommen von vielleicht einem Fünftel bis zur Hälfte des Liebknecht'schen (mehr hat der weitaus größte Theil des Bürgerstandes nicht) ihre Familien erhalten. Wenn diese Bürger nach Liebknecht'schen Anschauungen Gebäude, Pferde, Fettwänste u. dergl. m. sind, welche die menschliche Gesellschaft beschämen, zählt er dann nicht mit zu diesen miserablen Subjecten? Oder verlangt Herr Liebknecht für sich eine Ausnahmestellung? Jedenfalls hat er seinen „Genossen" eine seltsame Vorstellung von der Gleichberechtigung aller Menschen, die in dem gepriesenen Zukunftsstaate herrschen soll, beigebracht. A. H.

Berichtigung. In der gestrigen Kritik über „Wallenstein's Tod" ist zu lesen statt: den „angeblichen" Versuch, die abgefallenen Truppen wiederzugewinnen, den „vergeblichen Versuch".

Aus dem Witterungsbericht von der Seewarte zu Hamburg.
Vom 20. November 1892, Morgens 8 Uhr.

Stations-Name.	Barometer auf Meeresniveau.	Richtung und Stärke des Windes.	Wetter.	Temperatur.
Mullaghmore	755	O frisch	bedeckt	+ 5
Christiansund	769	OSO leiser Zug	wolkenlos	+ 1
Moskau	772	O leiser Zug	Schnee	— 4
Neufahrwasser	769	S leiser Zug	bedeckt	0
Karlsruhe	762	NO leicht	bedeckt	+ 3
Wiesbaden	762	NO leicht	bedeckt	+ 2
Breslau	768	SO mäßig	bedeckt	— 2
Isen	759	O mäßig	heiter	+ 6

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 14. bis 19. November 1892.

Standesamt I.

Aufgebote: Kramer, Hermann Kurt, Kaufmann und Fabrikant hier, mit Hobl, Martha Klara Elise, in Lobenstein. — Holzhausen, Peter Eugen, Maler, mit Franz, Susanne Dorothea Sophie, hier. — Sommer, Gustav Adolph, Stubenmaler hier, mit Gentschel, Alma Livia, in Rüderdorf. — Trieloff, Carl Christian Albrecht, Versicherungsbeamter hier, mit Hönig, Marie Anna, in Oeitzschau. — Hintze, Gustav Adolf, Handarbeiter, mit Hempel, Johanne Marie, hier. — Schulz, Max Richard, Klempner, mit Meyer, Elise, hier. — Lehmann, Johann Friedrich, Schneider, mit Löffler, Fanny Auguste, hier. — Oehmig, Carl Hermann, Metallarbeiter, mit Jacob, Anna Lina, hier. — Berger, Hermann Albin, Bahnarbeiter, mit Schmidbauer, Margarete, hier. — Kirbach, Oswald Theodor, Fabrikarbeiter in L.-Reudnitz, mit verw. Thronicke, geb. Kirst, Wilhelmine, hier. — Holzweiß, Hugo, Buchbinder, mit Richter, Johanne Martha, hier. — Kühn, Friedrich Bernhard, Handarbeiter, mit Bitte, Hedwig Elise Olga, hier. — Salomon, Otto Hugo, Schuhmacher, mit Berger, Anna Pauline Thekla, hier. — Schulze, Carl Gustav Oskar, Buchhändler, mit verw. Poetsch, geb. Stickmann, Marie Luise Juliana, hier. — Franke, Carl Albin, Buchhalter, mit Reichdieter, Auguste Theodore, hier. — Schale, Karl Hermann, Hilfsbremser in Gera, mit Kolbe, Christiane Wilhelmine Hulda, hier. — Martiny, Georg Siegmund, Kaufmann, mit Schaefer, Augusta, hier. Zusammen 18.

Eheschließungen: Dümichen, Gustav Georg, Kaufmann, mit Roth, Marie Emilie Minna, hier. — Kühn, Friedrich Hermann, Marktheifer, mit Nagel, Meta, hier. — Albrecht, Eduard Friedrich Louis, Bäckermeister hier, mit Schroeter, Marie Anna, in Bitterfeld. — Pfing, August Heinr. Otto, Mechaniker, mit Rost, Marie Helene, hier. — Just, Ernst Otto, Reserve-Locomotivführer b. d. preuß. Staatsbahn,

SLUB
Wir führen Wissen.